



Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Genossinnen und Genossen,

Der Wahlkampf wirft seine Schatten voraus. Es ist bemerkenswert, dass über weite Teile der Bildungsdebatte im Kieler Landtag kein CDU-Minister oder -Staatssekretär es für notwendig erachtete, an der Diskussion teilzunehmen.

Der Spitzenkandidat der CDU für die Landtagswahl, glänzte ebenfalls durch Abwesenheit.

Dies zeigt, wie die Haltung der schwarz-gelben Landesregierung zum wichtigen Zukunftsthema Bildung in Wirklichkeit ist: Es interessiert sie nicht mehr, der Politikwechsel ist überfällig.

Ihr und Euer Olaf Schulze



Themen:

- Bericht der Enquetekommission
- Gemeindeordnung und Kommunalabgabengesetz
- Zur Bildungsdebatte
- Kurzinformationen
- Pressemitteilungen
- Impressum



Bericht der Enquetekommission

In zweijähriger Arbeit hat die Enquete-Kommission des Landtages die Chancen der norddeutschen Zusammenarbeit ausgeleuchtet und in einem 400 Seiten starken Abschlussbericht eine engere Verzahnung von Politik und Verwaltung angemahnt. Die Ergebnisse der Enquete-Kommission liegen auf dem Tisch und zeigen klar: Engere Kooperation im Norden tut Not. Wie ist aber die derzeitige Lage? Ein Tiefstand in den Beziehungen zu Hamburg ist erreicht. Die Zahl der Konflikte steigt ständig an. Die Landesregierung läuft immer hinterher: ob Husumer Windmesse, Gastschulabkommen, Sicherungsverwahrung oder Asbestmüll. Politische Schwerpunktthemen sind ungelöst oder gar nicht erst angepackt: Keine gemeinsame norddeutsche Hafen- bzw. Flughafenpolitik, keine norddeutsche Energieoffensive, kein gemeinsamer Vorstoß bei offensichtlichen Benachteiligungen gegenüber dem Bund, keine Vision.

Gute Nachbarschaft und eine starke Allianz im Norden – das muss anders werden. Es muss Schluss sein mit dem Hinterherhinken bei Problemen, Schluss mit schwelenden Konflikten oder hektischen Symbolaktionen. Nicht Halbherzigkeit und Kleinteiligkeit sind gefragt, sondern der Wille zur Umkehr in der Nachbarschaftspolitik. Wir müssen norddeutsch denken und handeln. Die Grenzen müssen fallen, in den Köpfen und im Alltag der Menschen. Dazu brauchen wir keine Nordstaatdebatte, aber den Mut zu gemeinsamer Politik, z.B. in der Bildung: Das Ziel der SPD ist die freie Schulwahl im Norden. Dazu brauchen wir eine gemeinsame Schulentwicklungsplanung, ein politisch abgestimmtes, kompatibles Schulsystem und eine stimmige Finanzierung. Oder in der

Energiepolitik: Ohne den Norden wird es keine Energiewende geben. Schleswig-Holsteins Know-how wird gebraucht. Aber im Miteinander, nicht im Gegeneinander! Eine norddeutsche Netzagentur, ein norddeutsches Gesamtkonzept zur Energiewende, gemeinsam formulierte Ziele – all das ist nicht mit den bisherigen Instrumenten und Haltungen zu haben.

Wenn der Norden gemeinsam auftritt, mit einer Stimme spricht, stärkt dies seine Chancen im föderalen Wettbewerb Deutschlands, in Europa und darüber hinaus. Ein enger Verbund im Norden, das zeigt der Enquete-Bericht, kann die Wirtschaft ankurbeln, Haushalte entlasten, den gesamten Standort stärken und die Durchsetzung gemeinsamer Interessen erleichtern. Er kann den Bürgern unmittelbar nützen: durch angepasste Schulsysteme und Kindergarten-Versorgung, durch einen erweiterten Verkehrsverbund oder ein gemeinsames Baustellenmanagement für einen flüssigen Verkehr. Wir müssen das Bewusstsein dafür stärken, dass wir in einem gemeinsamen Lebens- und Wirtschaftsraum auch gemeinsame Sache machen müssen.

Entwurf des Gesetzes zur Änderung der Gemeindeordnung und des Kommunalabgabengesetzes

Selten gab es im Kieler Landtag einen Gesetzentwurf, der so in den Anhörungsstellungen von Sachverständigen und in der Öffentlichkeit verrissen worden ist: „CDU und FDP teilweise auf dem Holzweg“, so der Bund der Steuerzahler. „Der Gesetzentwurf setzt sich in der Gesamtschau der Änderungen dem Makel der Widersprüchlichkeit aus“, Prof. Dr. Christoph Brüning, Lorenz-vom-Stein-Institut für Verwaltungswissenschaften. „...Halte ich



für so nicht anwendbar...Änderungen, von denen ich abraten möchte“, Reimer Steenbock, Gesellschaft für Kommunalentwicklung und Beratung. „Abschließend sind wir der Ansicht, dass wiederkehrende Beiträge rechtlich nicht haltbar sind und darüber hinaus nicht den gewünschten Effekt erzielen“, Jochem Schlotmann, Haus und Grund. „Beide Vorstände haben einstimmig den Beschluss gefasst, den Gesetzentwurf abzulehnen“, Städtebund und Städtetag. Dies waren nur einige Zitate aus Stellungnahmen, die die CDU selbst angefordert hatte

Mit dem Gesetz setzen CDU und FDP nach dem Landesentwicklungsplan mit einer weiteren schweren Waffe ihren Feldzug gegen die Städte fort. Es ist kein Geheimnis, dass die Bevölkerungszahl Schleswig-Holsteins schrumpfen wird und dass der demografische Wandel dazu führen wird, dass gerade für ältere Menschen die Zentren wieder attraktiver werden. Zu einer vernünftigen Zukunftspolitik gehört es aber auch, diesen Wandel, hin zu einer älteren Gesellschaft, aufzunehmen, die Zentren zu stärken und die Menschen nicht auf dem platten Land ohne Daseinsvorsorge allein zu lassen.

CDU und FDP wollen, dass die Rechtspflicht zur Erhebung von Straßenausbaubeiträgen aufgehoben wird und dass nicht nur ein einmaliger, sondern auch ein wiederkehrender Beitrag erhoben werden kann. Sie wollen die Landgemeinden stärken, junge Familien anwerben und glauben, dort sei genug Geld, um die Beiträge ganz zu übernehmen und somit eine Ansiedlung zu fördern. Den Städten geht es finanziell meist nicht so gut und sie müssen alle Möglichkeiten der Einnahmenerzielung ausschöpfen. Sie würden bei diesem Mittel des Standortwettbewerbs nicht mithalten können und sollen zudem statt bisher 10 nun 15 % Mindestbeitrag erheben.

Das ist alles andere als die Schaffung von Wettbewerbsgleichheit.

Dem Vorhaben von CDU und FDP stehen nicht nur politisch-moralische, sondern auch rechtliche Zweifel entgegen: Gemeinden sind gemäß der Einnahmebeschaffungsgrundsätze des § 76 GO dazu verpflichtet, die zur Erfüllung ihrer Aufgaben erforderlichen Einnahmen zunächst aus Entgelten für ihre Leistungen und im Weiteren aus Steuern zu beschaffen, soweit die sonstigen Einnahmen nicht ausreichen. Derjenige, der einen Vorteil aus einer kommunalen Leistung erfährt, ist vorrangig zur Abgabe heranzuziehen – erst dann die Allgemeinheit. Die Entscheidungsträger könnten also unter Druck geraten, vom Beitragsverzicht Gebrauch zu machen, um politisch gut da zu stehen, gerade vor Wahlen, statt an solide Finanzen zu denken. Und genau das haben Städteverband und Landkreistag zu Recht kritisiert!

Ebenso zweifelhaft ist der Sinn der Erhebung wiederkehrender Beiträge. Eine vergleichbare Regelung wurde in Rheinland-Pfalz für verfassungswidrig erachtet und ist an das Bundesverfassungsgericht zur Klärung weitergeleitet worden. Unabhängig davon wäre ein hoher Verwaltungsaufwand erforderlich, um die Maßnahmen abzurechnen und die Beiträge zu berechnen. So etwas sorgt dann in der Konsequenz für weitere Rechtsstreitigkeiten. Somit ist der Gesetzentwurf unzureichendes Stückwerk - ohne eine grundlegende Reform der Finanzierungsgrundlagen der Kommunen und ohne einen gerechteren Ausgleich zwischen Städten und ländlichem Raum, die beide notwendig sind. Er ist lediglich ein Wahlkampfgeschenk an den ländlichen Raum.



Zur Bildungsdebatte

Bildung bestimmte am letzten Debattentag die Beratungen im Kieler Landtag. Dabei ging es besonders um die Lehrerstellen, deren Zahl die Koalition auf Betreiben der CDU nicht erhöhen will. CDU und FDP werfen in der Bildungsdebatte Nebelkerzen und lenken von der traurigen Bilanz ihrer Bildungspolitik ab. Bei den Lehrerstellen wurde behauptet, aufgrund des Rückgangs der Schülerzahlen im Lande seien Lehrstellen entbehrlich und könnten abgebaut werden. Tatsächlich ist ein Großteil der von Schwarz-Gelb gestrichenen Lehrerstellen aber auf zwei andere Umstände zurückzuführen. Erstens auf die Erhöhung der Pflichtstunden, die den Lehrerinnen und Lehrern zugemutet wurde. Und zweitens darauf, dass die Regierung den Gemeinschafts- und Regionalschulen in ihre pädagogischen Konzepte grätschte, indem sie ihnen ihre Differenzierungsstunden halbierte. Beim Vertretungsunterricht wird behauptet, eine Verdoppelung des Vertretungsfonds könnte das Problem des Unterrichtsausfalls lösen. Tatsächlich ist aber nicht das fehlende Geld das größte Problem in vielen Bereichen, sondern die fehlenden Vertretungslehrer. Da würde auch eine Verzehnfachung des Fonds nichts helfen. Besser wäre es, die Schulen mit mehr Planstellen auszustatten, um Vertretungsunterricht qualitativ hochwertig und flexibel sicherstellen zu können.

Kurzinformationen

Dr. Henning Voscherau: Landtagswahl 2012 - Chance für die Metropolregion



15. Februar 2012. Schwarzenbek. Dr. Henning Voscherau, ehemaliger Bürgermeister der Hansestadt Hamburg diskutierte mit dem Landtagsabgeordneten Olaf Schulze in Schwarzenbek. Olaf Schulze hatte Henning Voscherau nach Schwarzenbek eingeladen, um mit ihm über die Chancen des Herzogtums Lauenburg in der Metropolregion zu debattieren.

Kurz nach 19.00 Uhr kam der Ehrengast ins Schöders Hotel in Schwarzenbek und wurde mit viel Applaus von den anwesenden Schwarzenbeker Bürgerinnen und Bürgern und interessierten Gästen aus dem Landkreis begrüßt. Stellvertretend für die Sozialdemokraten aus Schwarzenbek wurde Voscherau von der SPD-Ortsvereinsvorsitzenden Josefin Francke begrüßt. Olaf Schulze wies in seinem Eingangsstatement auf die Bedeutung des Herzogtums Lauenburg für die Metropolregion, für Hamburg hin. Olaf Schulze: „30.061 Beschäftigte pendeln täglich aus dem Herzogtum Lauenburg nach Hamburg und in umgekehrter Richtung pendeln 15.162 Hamburgerinnen und Hamburger ins Herzogtum Lauenburg. Viele Menschen haben die Vorzüge dieses wunderschönen Landkreises



kennen gelernt und hier ihre Heimat gefunden. Es gibt viele Gründe für das Herzogtum Lauenburg: beispielsweise kostengünstiges Bauland, die über Jahrhunderte gepflegte und bewahrte Naturlandschaft, optimale Gewerbeflächen mit direkter Anbindung an Hamburg und vieles, vieles mehr.“

Voscherau begann seine Rede mit kritischen Anmerkungen zum Krisenmanagement der schwarz-gelben Bundesregierung in der Eurokrise. Voscherau betonte, dass im Grunde die Banken gerettet werden, die viel verdient haben. Die Banken werden gerettet, die Griechen werden nicht gerettet. Die kommenden Jahre werden zeigen, ob es gelingt die ökonomischen Grundlagen für Europa zu erhalten. Dies ist lebenswichtig für die Demokratie.

Zur Metropolregion bemerkte Voscherau, dass es in den nächsten Jahren auf eine echte Partnerschaft zwischen Hamburg und den ländlichen Umlandregionen ankommen wird. Deshalb brauchen wir einen Politikwechsel in Schleswig-Holstein mit Torsten Albig als Ministerpräsident nach dem 6. Mai 2012. Voscherau:“ Der Hamburger Hafen ist aus nördlicher Sicht der Hafen von Schleswig-Holstein, das ist so auch richtig und dies müssten auch die Hamburger verstehen.“

Einig waren sich beide, Henning Voscherau und Olaf Schulze, nur durch eine enge Politikzusammenarbeit beider norddeutscher Länder wird die norddeutsche Region ihre Chancen national und international nützen können. Der CDU ist seit Jahren keine vernünftige Zusammenarbeit gelungen. Voraussetzung, dass dies gelingt, ist eine SPD geführte Landesregierung in Kiel nach dem 6. Mai 2012. Dringend bedarf es auch Lösungen beim Gastschulabkommen, der Schulbesuch darf nicht an den Ländergrenzen Halt machen, betonten beide Politiker.

Umwelt und Energie – Diskussion mit Torsten Albig



18. Februar 2012. Geesthacht. Die Metropolregion zählt zu den wichtigen Wachstumszentren für die Zukunft des Nordens. Eine gute Beziehung zu unseren Nachbarn in Hamburg ist für unser Land von entscheidender Bedeutung. Torsten Albig möchte eine neue Qualität in der Kooperation mit Hamburg und der norddeutschen Länder untereinander erreichen. Über die zukünftige Zusammenarbeit in den Bereichen Umwelt und Energie diskutierte Olaf Schulze mit Torsten Albig, dem Spitzenkandidaten der SPD Schleswig-Holstein für die Landtagswahl 2012, mit der Hamburger Senatorin für Stadtentwicklung und Umwelt Jutta Blankau und vielen interessierten Bürgerinnen und Bürgern am 18. Februar im „OberstadtTreff“.

Anschließend war Torsten Albig noch Gast beim traditionellen Grünkohlessen der SPD Geesthacht. Gut 100 Gäste waren der Einladung gefolgt und wurden von Olaf Schulze begrüßt. Darunter waren zahlreiche Vertreter von Vereinen und Verbänden, der Stadtverwaltung, Abgesandte von CDU und FDP sowie viele SPD-Mitglieder mit Anhang. Gekommen waren u.a. Bürgermeister Dr. Manow, der Hamwarde Bürgermeister Friedrich Richard, die SPD-Bundestagsabgeordnete Gaby Hiller-Ohm und die Vorsitzenden der örtlichen CDU und FDP.



Pressemitteilungen von Olaf Schulze aus dem Landtag

16. Februar 2012. Kiel

Gas geben beim Netzausbau!

Zur heutigen Pressekonferenz über den Ausbau der Windenergie in Schleswig-Holstein sagt der energiepolitische Sprecher der SPD Landtagsfraktion, Olaf Schulze:

Die Windkraft boomt in Schleswig-Holstein und ist Schrittmacher der Energiewende in ganz Deutschland. Damit die Windenergie, die heute schon fast die Hälfte des Nettostromverbrauchs in unserem Land erzeugt, beim Kunden ankommt, brauchen wir den beschleunigten Netzausbau. Der Staat muss das Tempo beim Netzausbau vorgeben und darf nicht lapidar auf die großen Netzbetreiber verweisen.

Denn wenn der Netzausbau nicht schneller vorankommt, werden wir eine neue Debatte um die Restlaufzeiten der Atomkraftwerke bekommen. Darauf warten die großen Energiekonzerne ja nur.

Neben den großen Stromtrassen von Nord nach Süd brauchen wir eine kluge Ausbaupolitik, die auf Finanzierungsmodelle bei den regionalen Netzen setzt – wie bei den Bürgerwindparks. Daneben sind regionale Stromnetze erforderlich, die Erzeugung und Nutzung zusammenführen und teilweise den Netzausbau ersetzen können. Auch die „Zwischenspeicherung“ von Windenergie über „Energiewasserstoff“ und die spätere Nutzung in Brennstoffzellen kann hier helfen. Wir brauchen die mittelständischen Unternehmen und nicht nur die großen Unternehmen, die ihre Vormachtstellung erhalten wollen.

Wir haben stets für mehr Mut und Tempo bei der Energiewende geworben - zu Recht! Mein Rat an Wirtschaftsminister de Jager ist daher: Denken Sie auch an mittelständische Lösungen und geben Sie Gas beim Netzausbau für die Energiewende!

29. Februar 2012. Kiel

Bremse bei Solarstrom gefährdet Energiewende und Arbeitsplätze

Zur Diskussion in den Ausschüssen über die von der Bundesregierung geplante drastische Kürzung der Vergütungssätze für Energie aus Photovoltaikanlagen sagt der energiepolitische Sprecher der SPD Landtagsfraktion, Olaf Schulze:

Die von der Bundesregierung schon mit Wirkung zum 9. März geplante Kürzung der Solarförderung um bis zu 25 % ist aus unserer Sicht zu abrupt und zu drastisch. Gerade in Schleswig-Holstein hat sich die Solarenergie als wichtiger Bestandteil der erneuerbaren Energien und damit der Energiewende insgesamt gut entwickelt. Sie sichert Einkommen im ländlichen Raum und schafft viele Arbeitsplätze im Handwerk. Zwar gibt es auf Dauer sicher auch in der Förderung von Solarstrom Sparpotentiale, diese müssen jedoch sorgfältig beraten und dann erst entschieden werden. Die SPD hat sich auf allen Ebenen gegen diese Kürzungen ausgesprochen. Verwundert bin ich über die Aussage der Landesregierung, wonach es sich bei den Plänen um gar keine Kürzung handeln solle. Entweder trickst die Landesregierung beim Zahlenspiel oder sie hat, anders als der Rest der Bundesrepublik, der die Kürzungen als Ende der Solarbranche kritisiert, alleine den Überblick.

**SPD****NEWSLETTER****März '12**

Wir werden mit anderen Fraktionen nach Möglichkeiten suchen, diese die gesamte Solarindustrie in Deutschland bedrohenden Pläne der Bundesregierung zu stoppen. Wir brauchen zumindest angemessene Übergangsfristen; die von der Bundesregierung geplante abrupte Kürzung ist eine Vollbremsung für den Solarstrom.



SPD

NEWSLETTER

März '12

Impressum

Olaf Schulze, Landtagsabgeordneter für den Lauenburg-Süd (WK 40) im Schleswig-Holsteinischen Landtag

Redaktion: Dr. Michael Schmidt

Wahlkreisbüro

Bergedorfer Straße 73

21502 Geesthacht